

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 25. Ratssitzung vom 5. Dezember 2018

657. 2018/75

Motion der SP-, FDP- und Grüne-Fraktion vom 28.02.2018:

Revision der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung betreffend einem neuen Nachmittagstarif für die ungebundene Betreuungszeit ab Schulschluss am Nachmittag

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Dr. Jean-Daniel Strub (SP)** begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 3796/2018): Hier geht es um das Vorausschauen auf die Zeit, in der wir die Umsetzung der Tagesschule 2025 noch weiter vorangebracht haben werden und wo sie zur Standardform der Schule in der Stadt geworden ist. Im Zusammenhang mit der Beratung damals in der Kommission wurde uns bewusst, dass es bei der Tarifordnung, die künftig zur Anwendung gebracht wird, ein Bedarf zur Überprüfung gibt. Mit den Fraktionen der SP, FDP und Grünen fanden wir uns bei einer zentralen Forderung, was nun Gegenstand dieser Motion ist. Im nächsten Geschäft wird die AL einen Katalog von weitergehenden Forderungen präsentieren. Für uns stellt der vorliegende Vorstoss die zentrale Forderung dar. Wir müssen vom heutigen Modell Abschied nehmen, bei dem für die Betreuung am Nachmittag für den gesamten Nachmittag ein Tarif gilt. Für Vollzahlende sind das 44 Franken – ob das Kind nun während 55 Minuten oder vier Stunden betreut wird. Wir glauben, dass es bei der Umsetzung der Tagesschulen zu einer grossen Herausforderung kommen wird: Die Betreuung im Hort soll während der ungebundenen Zeit auch im Anschluss an die Schule attraktiv, qualitativ hochwertig und gut durchmischt bleiben. Wir glauben, dass es wichtig ist, dass ein aufgeteilter Tarif angeboten wird. Es sollte also nur halb so teuer sein, wenn ein Kind nur für die Hälfte der Zeit nach der Schule angemeldet wird. Ohne die Aufteilung wird das Angebot unattraktiv, was zu einer Entmischung und auch zu grossen Qualitätsverlusten führen kann. Wenn hingegen ein geteilter Tarif eingeführt wird, kann die Attraktivität für die Familien, die im Anschluss an das reguläre Tagesschule-Angebot auf die Betreuung in der zweiten Hälfte des Nachmittags angewiesen sind, aufrechterhalten werden. Die Umsetzung der Tagesschule soll auch im flächendeckenden Betrieb funktionieren, ohne dass unerwünschte Effekte eintreten.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

***STR Filippo Leutenegger:** Auch dieser Vorstoss ist nicht motionsfähig, weil die Organisation des Stadtrats betroffen ist. In zwei Jahren wäre die Motion nicht umzusetzen. Wir befinden uns in der Phase, in der die Mittagstische der Tagesschule eingeführt werden. Bis das Angebot flächendeckend in der Stadt eingeführt werden kann, werden noch ei-*

nige Jahren vergehen. In der Zwischenzeit versuchen wir, das System «Lebensraum Schule» zu überdenken. Dort wollen wir die verschiedenen Aktivitäten im ungebundenen Bereich miteinander kombinieren. Wir sind völlig einverstanden: Es braucht nicht immer eine deckende Betreuung der Kinder nach der Schule. Eine ungebundene oder niederschwellige Betreuung bietet auch eine Möglichkeit. Wir wollen zukünftig auch die Frage der Sportaktivitäten und der Musikschule mitintegrieren. Das Tarifsysteem muss auch darum von Grund auf neu überdenkt werden. Momentan sind quasi zwei Systeme vorhanden: der gebundene Mittagstisch mit den festen Tarifen und das parallel dazu zu entwickelnde System. Innerhalb von zwei Jahren können wir keinen Vorschlag präsentieren, da erst die Mittagstische der Tagesschule 2025 flächendeckend eingeführt werden müssen. Erst in der Zwischenphase oder nachträglich kann das Gesamtsystem entwickelt werden. Die Tarifordnung muss überdacht werden, aber nicht in der geforderten motionären Form.

Yasmine Bourgeois (FDP): Aus Sicht der FDP ist klar, dass hier wie im alltäglichen Leben nur für die Leistung bezahlt werden soll, die effektiv bezogen wird. Werden die Kinder in der ausserschulischen Zeit betreut, sollen die Eltern für die effektiv betreute Zeit aufkommen. Eine perfekte Lösung kann ohne Bürokratiemonster nicht entstehen. Die Antwort des Stadtrats schießt dabei über das Ziel hinaus. Eine halbe Stunde Aufgabenhilfe sollte nicht zum Thema werden. Trotzdem ist die FDP der Meinung, dass die Tarifierung besser differenziert werden muss und bittet den Rat, die Motion zu überweisen.

Rosa Maino (AL): Selbstverständlich unterstützt auch die AL den Vorstoss, der mit dem nächsten Vorstoss artverwandt ist, als Motion und als Postulat. Ein wenig stolpere ich über die Argumentation von STR Filippo Leutenegger, dass mit dem Projekt «Lebensraum Schule» bereits daran gearbeitet werde. Wir wollen eine Stossrichtung für ein laufendes Projekt mitgeben und sind der Meinung, dass es sich um einen guten Weg handelt. Wir vertrauen darauf, dass das Projekt in die Richtung entwickelt wird, wie wir es für richtig halten.

Isabel Garcia (GLP): Die GLP sieht den Revisionsbedarf bei der Verordnung. Das wichtigste Argument für uns ist, dass in der Phase der Umstellung auf immer mehr Tagesschulen die ungebundene Betreuung attraktiv bleibt. Dazu braucht es neue Ideen, weshalb wir die Motion unterstützen.

Stefan Urech (SVP): Die SVP ist gegenüber der flächendeckenden Einführung von Tagesschulen kritisch eingestellt. Wir kritisieren auch die Eile, mit der der Abschluss der flächendeckenden Einführung bis ins Jahr 2025 vorangetrieben werden soll. Der vor-schnelle Vorstoss zeigt diesen Zeitdruck auf. Stattdessen sollten wir die Entwicklung beobachten. Von verschiedenen Seiten werden verschiedene Wünsche zur Ausgestaltung der Nachmittage geäußert. Wenn die flächendeckende Einführung abgeschlossen ist, können wir die Tarife behandeln. Ausserdem möchte ich betonen, dass die Tagesschule kein Privileg der Reichen ist, wie das gewisse Argumentationen vermitteln. Im gesamten Kanton gibt es keine solch kostengünstige Tarife wie in der Stadt. Den Vorstoss können wir nicht unterstützen.

Walter Angst (AL): Ich sehe bei dieser Diskussion zwei Dimensionen. Eine ist die rechtliche Situation, die STR Filippo Leutenegger erwähnte. Die zweite ist der ebenfalls von ihm erwähnte Zeitplan der Umsetzung einer entsprechenden Änderung. In der Tat handelt es sich um eine seltsame Konstellation, dass eine Verordnung, die eindeutig nach Gemeindegesetz allgemeiner Wichtigkeit entspricht, nicht dem Gemeinderat zur Beschlussfassung unterbreitet wird. Es ist der Fluch der schlechten Tat des Gemeinderats, der einen Gegenvorschlag zur Initiative der Grünen erarbeiten musste und dann seltsamerweise in der Gemeindeordnung festhielt, dass genau diese Verordnung vom Stadtrat erarbeitet werden soll, während sie der Gemeinderat nur noch genehmigen darf. Eine Verordnung von allgemeiner Wichtigkeit umfasst alles, was wesentliche Gebühren festlegt. Diese Verordnung über die Kinderbetreuung und über die Kosten der Kinderbetreuung ist eindeutig von total allgemeiner Wichtigkeit, weil sie faktisch alle Eltern mit Kindern in der Volksschule betrifft. Für die nächste Phase ist nun ein Weiterdenken angelegt. Ab dem Jahr 2022 besteht keine Rechtsgrundlage mehr, um die Tagesschulen weiterzuführen. Dann muss eine stadträtliche Weisung für die dritte Phase vorgelegt werden, in der die Umsetzung der vollständigen Einführung vorgesehen ist. Im Hinblick auf den Sommer 2022 muss geklärt werden, wie die Tarifordnung weitergeführt wird. Die Weisung muss im Voraus dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt werden. Es ist darum sinnvoll, nun die Rahmenbedingungen zu definieren. Bei der Tagesschule 2025 geht es vor allem der FDP um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf; Eltern sollen arbeiten und Kinder haben können. Für uns geht es auch um die Bildungsgerechtigkeit und Bildungsfragen. Dafür muss die archaische Verordnung überarbeitet und familienfreundlicher gestaltet werden. Dazu gehört auch, dass für eine zweistündige Betreuung nicht fünfzig Franken verlangt werden können. Wenn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert werden soll, müssen auch viele weitere Fragen beantwortet werden. Es ist darum dringend notwendig, dem Stadtrat einen Auftrag zu erteilen. Auch sollte dieser Auftrag für eine fristgerechte Zustellung erteilt werden.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): Aus unserer Sicht ist auch klar, wie die formellen Rahmenbedingungen aussehen. Ich bin auch der Meinung, dass es sich um eine Verordnung handelt, die im Zusammenhang mit dem gewichtigen Geschäft der Tagesschule 2025 eigentlich hier behandelt werden müsste. Dass STR Filippo Leutenegger aussagte, dass mit der Thematik abgewartet werden soll, kann ich hingegen nicht nachvollziehen. Der Gemeinderat wird ein nächstes Mal über die Weisung debattieren, wenn nochmals ein ambitionierter Schritt zusätzlich zum Gegenstand wird. Bis dann muss eine Vorstellung zur Ausgestaltung der Tarifordnung vorliegen. Im gewissen Sinne handelt es sich um einen Werkstattbericht aus unserer sehr intensiven Kommissionsdiskussion. Wir müssen auch der Bevölkerung kommunizieren können, wie die Tarife ausgestaltet werden sollen. Wir halten an der Motion fest.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Wir wollen nicht etwa hinauszögern, das ist der falsche Eindruck. Wir wollen möglichst schnell voranschreiten. Es gibt aber einige relevante Dinge, die erst erledigt werden müssen. Dazu gehört die Auswertung des funktionierenden Teils der Tagesschule. Dazu gibt es auch einige kritische Punkte. Ein zweiter Komplex,

4 / 4

der uns beschäftigt, ist die Spreizung der Tarife, die geändert werden muss. Darum bin ich wegen des Zeitraums der zwei Jahre skeptisch. Ich kenne die Diskussionen innerhalb und ausserhalb des Rats und sehe deshalb, dass ein neues Tarifmodell mehr Zeit verlangt. Ein dritter Fragekomplex muss einbezogen werden: Wir versuchen, Sportaktivitäten, die Musikschule und andere Freizeitaktivitäten miteinzubeziehen. Das muss auch erst gedanklich erfasst werden. Wenn ein Gesamtkonzept behandelt werden will, müssen diese Tätigkeiten auch erfasst werden. In Parlamenten kommt es immer wieder zu Verzögerungen, da stets Interessenkollisionen und -divergenzen bestehen. Ob die Motion so oder als Postulat überwiesen wird, verändert unsere Tätigkeit nicht. Nur können wir unter Umständen in zwei Jahren nicht ein definitives Resultat vorlegen. Teilschritte sind möglich, dazu benötigen wir aber die entsprechenden Freiheiten. Wenn der Wunsch nach einer Teillösung geäussert wird, werden wir das auch so erarbeiten können. Wir arbeiten mit Hochdruck, das Thema «Lebensraum Schule» ist mir persönlich sowie auch dem gesamten Stadtrat sehr wichtig.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP) ist nicht einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 105 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat